

Antrag 106/II/2024**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Zuckersteuer auf Lebensmittel**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Berli-
2 ner Landesregierung und die Mitglieder der SPD-Fraktion
3 im Abgeordnetenhaus auf, eine Initiative zur Einführung
4 einer Zuckersteuer auf Lebensmittel im Bundesrat zu un-
5 terstützen und die Einnahmen aus der Steuer zweckge-
6 bunden für gesundheitsfördernde Maßnahmen zu ver-
7 wenden.

8

9 Begründung

10 Weniger Zucker in Lebensmitteln ist wichtig, um Krank-
11 heiten vorzubeugen und die Verhaltensprävention zu för-
12 dern. Die ASG Berlin unterstützt diesen Ansatz seit Jahren.
13 Die in Deutschland seit 2015 geltende Selbstverpflichtung
14 der Industrie, den Zuckeranteil in Lebensmitteln, um bis
15 zu 15 Prozent zu senken, war nicht erfolgreich und auch
16 zu keinem Zeitpunkt erfolgsversprechend. In Deutschland
17 sind ca. 67 % der Männer und ca. 53 % der Frauen überge-
18 wichtig, 23 % der Männer und 24 % der Frauen sind sogar
19 stark übergewichtig.

20

21 Bezüglich Kindern und Jugendlichen zeigen Daten der
22 letzten Jahre, dass mindestens 10 % der Kinder in Deutsch-
23 land übergewichtig sind und ca. 6 Prozent sogar eine
24 schwere Adipositas haben. Gerade bei den Kindern kann
25 nicht auf einen freiwilligen Verzicht zuckerhaltiger Ge-
26 tränke gesetzt werden, da die Nahrungsmittelindustrie
27 mit der verlockenden Werbung und Irreführungen hier
28 ganz klar nur profitorientiert agiert.

29

30 Eine gestaffelte Zuckersteuer hat z.B. in Großbritannien
31 zur signifikanten Senkung des Zuckeranteils in Softdrinks
32 geführt. Sie beträgt dort derzeit 18 Pence je Liter, ab einem
33 Zuckergehalt von 5 Gramm pro 100 Milliliter. Ab 8 Gramm
34 Zucker pro 100 Milliliter werden 24 Pence je Liter erhoben.
35 Nach Ankündigung der Steuer reduzierte sich der Zucker-
36 konsum durch Softdrinks bei Kindern um etwa die Hälf-
37 te, bei Erwachsenen um ein Drittel. In der Folge ging der
38 Anteil von Adipositas bei Kindern zurück. Auf der Verbrau-
39 cherschutzministerkonferenz hat im Juli 2024 eine Mehr-
40 heit der Bundesländer gefordert, die Einführung einer sol-
41 chen Steuer zu prüfen. Hier sollte sich auch das Land Ber-
42 lin anschließen. In der Vergangenheit haben sich u. a.
43 auch der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte und
44 die Deutsche Diabetes Gesellschaft für eine Zuckersteuer
45 ausgesprochen. Die Deutsche Adipositas-Gesellschaft
46 (DAG), die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) und die
47 Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) empfehlen ei-
48 ne maximale Zufuhr von 50 Gramm freien Zuckern pro

49 Tag, was maximal 10 Prozent der täglichen Gesamtener-
50 giezufuhr von 2000 kcal entspricht.